

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Stryon in Neuenbürg.

**Bezugspreis:**  
Halbjährlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post im Ort- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonst im Verk. 75 G. Pf. m. Postbestellgeb. Preise freierl. Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 19 Goldpf.  
In Fällen d. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Buchhändler, sowie Agenturen u. Zustellstellen jederzeit entgegen.  
Herausgeber Nr. 24  
C. T. Sporkel Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**  
Die eins. Zeile oder deren Raum im Beleg 15, außerh. 20 Goldpf., inkl. 50 Goldpf. m. Post. Steuer. Kollekt. Anzeigen 100. Zust. Offerte und Anstufung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinsichtlich der Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.  
**Fernsprecher Nr. 4.**  
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gebühr übernommen.

Nr. 160.

Montag, den 13. Juli 1925.

83. Jahrgang.

## Deutschland.

**Offen, 11. Juli.** Die Beche Nordstern der Bönig K. 8. Bergbau und Hüttenbetrieb wird am 1. August stillgelegt. 3800 Arbeiter und Angestellte gelangen zur Entlassung.

**Berlin, 10. Juli.** Heute nachmittag führen 62 der sozialdemokratischen und 20 der kommunistischen Partei angehörige Arbeiter, Angestellte und Gewerkschaftsbeamte auf Grund einer russischen Einladung nach Sowjetrußland, um die russischen Wirtschaftsverhältnisse kennen zu lernen.

### Wirt. Beamtenbund und Finanzminister.

**Stuttgart, 10. Juli.** Der Vorstand des Wirt. Beamtenbundes hat in der Presse eine Entschließung verbreitet, die sich mit der Denkschrift der Staatsregierung über die Befolgsverhältnisse der württembergischen Staatsbeamten und mit der Rede des Finanzministers im Landtag zum Staatshaushalt für 1925 befaßt und Ungenauigkeiten, Unterlassungen und Verfassungsverstöße in beiden behauptet. Darauf wird amtlicherseits u. a. folgendes erwidert:

1. Von der Denkschrift wird in der Entschließung erklärt, daß die Vergleiche ein schiefes Bild ergeben, vielsach auf falschen Grundlagen beruhen und daß das Realeinkommen auf einer unvollkommenen Grundlage berechnet sei. Ferner: sie widerlege den Vergleich, den der Finanzminister in seiner Rede zwischen dem Personalanwands und dem Realeinkommen angestellt habe. Hieran ist nur soviel richtig, daß die Denkschrift, was auch in dem Begleitgedicht mehrfach wiederholt ist, da und dort bloß Beispiele und Durchschnittsberechnungen geben konnte, von denen jedoch feststeht — das beweisen die Bechergläser im Staatshaushaltsplan —, daß sie nicht zu Ungunsten der Beamtenerschaft gewählt sind. Im übrigen können sich die Zahlen in der Denkschrift und im Staatshaushaltsplan schon deswegen nicht ganz decken, weil die Denkschrift früher fertiggestellt war, als der Haushaltsentwurf. 2. Es wird ferner behauptet, der Finanzminister habe unterlassen, die Ursachen der Steigerung des Personalanwands von 1925 gegenüber 1914 anzugeben. Die Ursachen befinden sich in der Hauptfache in der bedeutenden Verminderung der Kaufkraft der Mark, in der Vermehrung der Aufgaben der Staatsbehörden, in der Uebernahme der Polizei auf den Staat und in der Verminderung der Gemeindefinanzkraft zur Verheerung, zum großen Teil auch in der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Verwendung des Reichsindex für Lebenshaltungskosten und von Realeinkommensziffern in der Rede doch gar nichts anderes als eben die Veranschaulichung der geminderten Kaufkraft der Mark bedeuten konnte. Des weiteren ist in der Rede der Personalanwandssteigerung die Personalabnahme gegenüber, mit und ohne Polizei, gegenübergestellt. Die angegebene Personalabnahme entspricht der Vermehrung der Aufgaben der Staatsbehörden. Die Personalanwandssteigerung geht aber bedeutend hinaus über die Personalabnahme. Die Verminderung der Gemeindefinanzkraft zur Verheerung entspricht mit den einschlägigen Ausführungen in der Rede des Ministers überhaupt nichts zu tun; denn bei diesen hätte es sich darum gehandelt, die tatsächliche Entwicklung der Personalabnahme seit 1914 ihrer Gesamtwirkung nach einmal einwandfrei nachzuweisen. 3. In der Entschließung heißt es weiter: Auch bezüglich der Steigerung des Aufwands von 1925 gegenüber 1924 hätte die Beamtenerschaft erwartet, daß der Finanzminister den Grund der Steigerung angegeben hätte. Hieran ist zu sagen: In der Rede des Ministers für 1925 nochmals auf die Höhe der Gehälter bei der Einführung der Rentenmark eingegangen, bestand keine Veranlassung. Das war ja schon geschehen in der Rede des Finanzministers vom 21. Oktober v. J., wo gesagt war: „Eine schwere allgemeine Notlage der Beamtenerschaft in Württemberg hat in außerordentlichem Maße gegen das Ende der Inflationszeit und in der folgenden Uebergangszeit bestanden und es verdient die Beamtenerschaft ganz gewiß den Dank der ganzen Bevölkerung dafür, daß sie auch in diesen für sie ungemein schweren Zeiten mütig und selbstlos ihre Pflicht im vollen Umfang getan hat.“ Im übrigen ist es unrichtig, daß die Aufbesserungen des Jahres 1924 nur kleine gewesen sind, und unverständlich, wenn von einem Gegenstand des Finanzministers zu sämtlichen Landtagsfraktionen gesprochen wird. Daß doch in keinem einzigen Falle die württembergische Regierung gegen die bezüglichen Anträge der Reichsregierung gestimmt oder sich beim Landtag für ein Nichtmitmachen derselben ausgesprochen hat. 4. Endlich heißt es: Der Finanzminister hat versäumt, den Personalanwands für die aktiven Beamten in seiner Rede anzugeben, der sich etwa auf 70 Millionen und nicht auf 120 Millionen Mark beläuft. Vom Finanzminister ist aber nirgends angegeben worden, daß die Bezüge der aktiven Beamten 120 Millionen ausmachen. Wie schon oben bemerkt, hatten seine Ausführungen den Zweck, die Entwicklung der Bezüge der Staatsbeamten seit 1914 anzudeuten. In seiner Rede ist dabei klar und eindeutig ausgegangen von der Gesamtsumme aller Personalanwands im Haushaltsentwurf für 1925 im Gegensatz zu den staatlichen Sachausgaben. Diese zu 120 Millionen angegebene Summe kann jedermann aus dem Haushaltsentwurf nachrechnen, und sie wird sicher von niemand widerlegt werden. Die Regierung hat das allergrößte Interesse daran, daß die staatlichen Aufgaben richtig erfüllt werden, und sie weiß selbstverständlich ganz genau, daß das nur möglich ist durch treue und gewissenhafte Erfüllung der Beamtenpflicht. Sie zu erhalten und sie zu fördern, rednet sie darum zu ihren obersten Pflichten. Die Ausführungen in der kritisierten Rede des Finanzministers sollten ja gerade auch zeigen, wie die Regierung stets bemüht war, im Rahmen des Möglichen die Beamtenbezüge zu verbessern; deshalb war von ihm ausdrücklich bezeugt, daß mit seinen Bemerkungen nicht etwa bestritten werden sollte, daß die Beamtengehälter an sich durchaus keine üppigen seien. Daß wir in dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht mehr tun konnten, so gerne wir es alle

möchten, rühre von dem verlorenen Kriege her. Auf der anderen Seite hat aber die Regierung auch die Pflicht, den fortgesetzten zutage tretenden falschen Vorstellungen und unrichtigen Behauptungen hinsichtlich der Leistungen des Staats für seine Beamtenerschaft entgegenzutreten, weil durch solche der Dienstverpflichtung entgegengetrieben wird. Der Inhalt der Entschließung kann nach alledem nur dazu beitragen, die Notwendigkeit der Veröffentlichung der Denkschrift und der Mitteilungen in der Rede des Finanzministers zu beweisen.

### Neue Hebergriffe in der Pfalz.

**Kaiserslautern, 10. Juli.** Dem Bürgermeisterrat Kaiserslautern wurde anfangs dieser Woche durch die dortige Ortskommandantur die Auflage gemacht, sich bis Ende der Woche zu erklären, ob sie bereit sei, zum 15. August dieses Jahres folgende Wohn- und Unterkunftsräume für die Benutzung bereitzustellen: 1. 88 Offizierswohnungen zu 7, 6 und 5 Zimmern, 2. 10 Wohnungen für die Familien der Gendarmen oder eine Gendarmenkolonie, 3. die notwendigen Büroräumlichkeiten, 4. 6 Schulklassen. Falls bis zum kommenden Samstag keine zustimmende Antwort des Bürgermeisterrats vorliegt, werde eine französische Kommission in der Stadt alle Einquartierungsmöglichkeiten in größeren Wohnungen nachprüfen, und die französischen Familien sollten dann unter gemeinschaftlicher Aufsicht in den vorhandenen Wohnungen untergebracht werden. Hierzu wird mitgeteilt, daß der französische Oberkommissar Tirard als die erste Nachricht von solchen französischen Familien hier bekannt wurde, auf die ganz außerordentliche Wohnmöglichkeit in der Stadt Kaiserslautern hingewiesen und ihm dargelegt wurde, daß in Kaiserslautern über 1000 Familien ohne Wohnung seien. Auch die Ortskommandantur ist von diesen Umständen unterrichtet, trotzdem diese neue Auflage unter Androhung von Sanktionen. Von der Stadtverwaltung Vandalen ist durch die französische Befehlshaberbehörde die sofortige Bereitstellung von 40 Barackenwohnungen und von 15 möblierten Ledigenwohnungen gefordert worden. Die Stadtverwaltung von Kaiserslautern und Vandalen sind bei der außerordentlich großen Wohnungsnot in diesen Städten nicht in der Lage, diesen großen Anforderungen der französischen Befehlshaberbehörde zu entsprechen, zumal alle Bemühungen des Reiches, durch Erstellung von Befehlshaberbauten eine Entlastung des Wohnungsmarktes herbeizuführen durch die ständig steigenden Ansprüche der Befehlshaber an Wohnungen fast völlig zunichte gemacht worden sind.

### Die 700-Jahresfeier der Stadt Oppenheim verboten.

**Frankfurt a. M., 11. Juli.** Am letzten Sonntag sollen anlässlich einer von der Rheinlandkommission zugelassenen Gründungsfeier des Sängereines Oppenheim einige unbedeutende Vorformitäten sich ereignet haben, die von französischer Seite als Unbotmäßigkeiten angesehen wurden. Infolgedessen sind jetzt alle Festlichkeiten, die in Stadt und Kreis Oppenheim geplant wurden, darunter auch die 700-Jahresfeier der Stadt Oppenheim, verboten worden. Ferner hat die Bevölkerung Oppenheims sogar Befehl erhalten, sämtliche Fahnenstangen von den Häusern zu entfernen, wodurch es der Bevölkerung unmöglich gemacht werden soll, zu flaggen.

### Das Urteil im Vogenhardt-Prozess.

**Leipzig, 11. Juli.** Im Kommunistenprozess Vogenhardt und Genossen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wurde heute um 8 Uhr das Urteil verkündet. Alle Angeklagten werden wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vorbereitung gegen den Republikanengesetz und gegen § 7 des Ehrenhaftigkeitgesetzes, bzw. wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen, ferner wegen unbefugten Waffentragens zu folgenden Strafen verurteilt: Vogenhardt zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und 50 Mark Geldstrafe, Lang zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 50 Mark Geldstrafe, die übrigen zu 5 Monaten Gefängnis bis zu einem Jahr Zuchthaus.

### Eine sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

**Berlin, 11. Juli.** Von den Sozialdemokraten ist im Reichstag eine Interpellation eingegangen, in der sie unter Bezugnahme auf einen Artikel des Grafen Beckers, in dem dieser das deutsche Memorandum in der Sicherheitsfrage nicht als Vorschlag oder bindende Anregung der Reichsregierung, sondern als unverbindliche Anregung des deutschen Außenministers bezeichnet, an die Reichsregierung die Frage richtet, ob die Reichsregierung die in dem Memorandum enthaltenen Vorschläge und Angebote noch als bindend erachtet und wie die Reichsregierung eine erfolgreiche Außenpolitik zu führen gedenke, wenn der Vorherrschaft einer Regierungspartei Behauptungen aufstelle, die, wenn sie wahr wären, die Politik der Reichsregierung als doppeltzünftig und unethisch erweisen würden.

### Vericht des Hölleauschusses des preussischen Landtags.

**Berlin, 11. Juli.** Im Hölle-Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags kam gestern Abg. Beller (Nrc.) bei der Erörterung des Berichts über die gesamte Untersuchung in der Hauptsache zu folgenden Schlüssen: Das Verhalten der Beamten der Staatsanwaltschaft bei der Festnahme Hölles war mit der Würde ihrer Behörde nicht vereinbar. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Erlass des Haftbefehls entsprach nicht den bestehenden Vorschriften. Der Erlass des Haftbefehls war nicht gerechtfertigt, weil ein Mordverdacht nicht vorlag und ebensowenig Mordabsicht. Das vom Reichspolizeistabs betriebene Offenbarungswiderverfahren war nicht genügend gerechtfertigt. Nicht zu rechtfertigen waren auch das von der Reichsanwaltschaft eingeleitete Arrestverfahren und das von dem Staatsanwaltschaftsrat Beller eingeleitete Reineidverfahren. Untersuchungsrichter und Staatsanwälte oder ihre Gehilfen haben dem Gesundheitszustand Hölles während seiner Untersuchung nicht genügende Beachtung geschenkt. Die Auf-

rechterhaltung des Haftbefehls über den 18. 4. hinaus läßt sich nicht rechtfertigen. Der Berichterstatter kritisiert ferner die Anwendung der Dienstvollzugsordnung für die Gefangenen, wobei der Anstaltsleiter Dr. Bulla, der Anstaltsarzt Dr. Thiele, die Wachtmeister und die Krankenpfleger zahlreiche Verstöße begangen hätten. Die ärztliche Behandlung durch Dr. Dirlich und Dr. Strahmann jr. sei einwandfrei gewesen, dagegen nicht diejenige durch Dr. Thiele. Das toxiologische Gutachten Dr. Kippers gebe Anlaß zu schweren Bedenken. Auch das Gutachten Prof. Lewins, so sehr er es in seinen Schlüssen billige, stehe auf schmaler Basis. Der Berichterstatter schlägt dann dem Ausschuss einen Antrag vor, in dem die einzelnen Umstände erörtert werden, die zur Verschlimmerung des Leidens Dr. Hölles beigetragen haben, und in dem es als wahrscheinlich bezeichnet wird, daß der Tod herbeigeführt worden sei durch die Einflüsse mißbräuchlich verabreichteter narkotischer Stoffe. Ein Selbstmord bei freier Willensbestimmung sei durch nichts erwiesen. Ohne Pflichtverfassungen oder unbillige Härten von Dienststellen wäre, wie man auch die letzten Ursachen aufhaken mag, das traurige Ende Hölles nicht eingetreten. — Darauf vertagte sich der Ausschuss auf Samstag.

### Die Aufwertungsdebatte.

**Berlin, 11. Juli.** Nachmittags sind nichts für den Reichstag, am andern Tag fehlt meistens der größte Teil der Abgeordneten. So auch am Samstag. Vor fast leerem Hause mußte der Vizepräsident Graf die Sitzung eröffnen. Die Verlesung war aber so schwach, daß der grundlegende Paragraph über den abgestimmt werden sollte, vorläufig zurückgestellt werden mußte in der Hoffnung, daß sich das Bismarck noch einigermassen füllen würde. Während der eingehenden Einzelberatung, die zum Teil von Rednern der Opposition bestritten wurde, tauchten auch allmählich die Volkswertreter nacheinander auf, sodann nun das Abstimmungsgefährt vor sich gehen konnte. Paragraph 4, der den Aufwertungsbeitrag auf 25 Prozent festsetzt, die Opposition versuchte natürlich, nach Möglichkeit die Abstimmung hinauszuzögern, was ihr aber nicht gelang. Auch ihre verschiedenen Änderungsanträge konnten an dem Kompromiß nicht rütteln. Die sozialdemokratischen und völkischen Anträge auf Erhöhung des im § 4 der Vorlage festgelegten Aufwertungsbeitrages von 25 Prozent auf 40 Prozent wurden in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 140 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Es bleibt also bei dem Aufwertungsbeitrag von 25 Prozent. Das Haus vertagte sich hierauf, ohne über sämtliche Paragraphen abgestimmt zu haben, auf Montag.

### Widerstände gegen das Aufwertungskompromiß.

**Berlin, 11. Juli.** Der „Vorwärts“ behauptet, im Reichstag sei gestern abend bekannt geworden, daß die Abgeordneten Baille und Steiniger von der Deutschnationalen Volkspartei gegen den Aufwertungskompromiß der Regierungsparteien zu stimmen beabsichtigten, und daß auf die beiden von der deutschnationalen Fraktionsleitung ein harter Druck ausgeübt worden sei, um sie zu bewegen, ihr Vorhaben aufzugeben und sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Diefem Vorhaben würde um so größere Bedeutung beigemessen, da es auch auf die Stimmen verschiedener süddeutscher Abgeordneter anderer Fraktionen Rückwirkungen ausübe. Ebenso machten sich innerhalb der Wirtschaftspartei starke Bedenken dagegen geltend, der Regierungsvorlage beizutreten. Damit scheint die Annahme des Aufwertungskompromisses noch keineswegs gesichert. Nach anderer Kenntnis gehören allein bei den Deutschnationalen 15 bis 20 Abgeordnete zu den Dissidenten. Es wird natürlich darauf ankommen, ob diese Andersmeinenden gegen das Kompromiß stimmen oder sich der Stimme enthalten.

### Bedrohende Zusammenkunft Amundsen mit Dr. Edener.

**Berlin, 11. Juli.** Die „Z. Z. am Mittag“ erzählt, daß auf eine Anfrage Rood Amundsen Dr. Edener sich brieflich bereit erklärte, innerhalb der nächsten 14 Tage mit Amundsen und Ellsworth in einer norddeutschen Hafenstadt zusammenzutreffen. Damit werde der Plan des Zepellinschiffes zur Erreichung des Nordpols einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen sein.

## Ausland.

### Paris, 11. Juli.

In einer Besprechung der Armeekommission wurde Painlevé darauf aufmerksam gemacht, daß die Rheinarmee mit materiellen Sorgen zu kämpfen habe. Man wies darauf hin, daß das Leben im besetzten Gebiet sehr teuer sei, da von den Mannschaften Bezahlung in Goldmark verlangt werde.

### Zur Räumung des Ruhrgebietes.

**Brüssel, 11. Juli.** Die „Agence Belge“ meldet: Die zurzeit im Ruhrgebiet befindlichen Truppen werden zwischen dem 15. und 25. Juli in ihre belgischen Garnisonen zurückzuziehen.

### Überschuldung deutscher Wohlfahrtsvereine durch Frankreich.

Vor dem Kriege gab es in der Klasse der deutschen Völkerei in Paris einen Fonds, der zum Bau eines deutschen Hospitals in Paris bestimmt war. Das Geld stammte zum Teil aus alten Erbschaften und war für die damals geltenden Verhältnisse sicher angelegt und von einem Kuratorium verwaltet. Nach dem Kriege wurde dieser deutsche Besitz wie so manches andere konfisziert. Nun ist es, wie das Berliner Tageblatt aus Paris erfährt, gelungen, wenigstens einen ansehnlichen Teil der alten Stiftung für die deutschen Wohlfahrtszwecke zu retten. Vor einigen Monaten wurden 80.000 Franken an die deutsche Völkerei zurückgezahlt und können nun den Grundstock für eine neue Kapitalanlage bilden. Ein aus Mitgliedern der Pariser deutschen Kolonie bestehender Verwaltungsausschuss unter dem Vorsitz des Reichsaussenministers wird die Verwaltung übernehmen.



men. Die lokale Regelung dieser Angelegenheit ist noch unter der Regierung Derriot erfolgt.

**Das Saarabkommen angenommen.**

Paris, 11. Juli. Nach langen, außerordentlich mühevollen Verhandlungen der letzten Tage und Nächte gelang es heute morgen, das Saarabkommen zustande zu bringen. Es wurde von Geheimrat von Friedberg und dem französischen Ministerdirektor Serruis heute vormittag paraphiert und um 1 Uhr von dem Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Chaumet unterzeichnet. Sodann wurde das Abkommen dem deutschen Botschafter und dem französischen Außenminister zur Unterzeichnung vorgelegt. Je ein deutsches und ein französisches Exemplar wurden unterzeichnet. In den letzten Tagen waren die Schwierigkeiten für einen Abschluß außerordentlich groß. Vor allem lagen die Schwierigkeiten darin, daß die Hauptverhandlungen über den Handelsvertrag unterbrochen werden mußten und daß damit auch das schwebende Abkommen, welches am 16. Juni in Luxemburg zustande gekommen war, nicht in Kraft treten konnte. Nun lag es aber im Lebensinteresse der Saarindustrie, daß wenigstens ein Teilabkommen vorläufig für vier Monate Geltung haben soll.

Der wichtigste Inhalt des Abkommens besteht darin, daß für die Ausfuhr gewisser Erzeugnisse des Saargebietes in das deutsche Zollgebiet und für die Einfuhr gewisser deutscher Rohstoffe und Fertigfabrikate in das Saargebiet Zollfreiheit oder Zollvergünstigungen gewährt werden. Von besonderer Bedeutung für das Saargebiet ist es, daß Maschinen und Maschinenersatzteile nunmehr aus Deutschland eingeführt werden können. Die Maschinen im Saargebiet haben durchweg deutschen Typ, und es ist ausgeschlossen, daß Maschinenersatzteile etwa aus Frankreich bezogen werden können. Von besonderer Bedeutung für das Saargebiet ist es, daß Maschinen und Maschinenersatzteile nunmehr aus Deutschland eingeführt werden können. Die Maschinen im Saargebiet haben durchweg deutschen Typ, und es ist ausgeschlossen, daß Maschinenersatzteile etwa aus Frankreich bezogen werden können. Von besonderer Bedeutung für das Saargebiet ist es, daß Maschinen und Maschinenersatzteile nunmehr aus Deutschland eingeführt werden können. Die Maschinen im Saargebiet haben durchweg deutschen Typ, und es ist ausgeschlossen, daß Maschinenersatzteile etwa aus Frankreich bezogen werden können.

Paris, 11. Juli. In der heutigen Kammerberatung legte der Handelsminister Chaumet das Gesetz vor, worin die Zustimmung zu dem heute zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Saarabkommen gefordert wird. Eine Debatte fand nicht statt. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen und sofort dem Senat überwiesen, der ihm in seiner heutigen Abend Sitzung seine Zustimmung gab, nach einem Bericht des Senators Rompard.

**Ein Protestfall zur Verhinderung des Wirtschaftskrieges.**

Gleichzeitig mit dem Saarabkommen wurde heute von Trendelenburg und Chaumet ein Protokoll unterzeichnet, welches sich darauf bezieht, daß die Handelsvertragsverhandlungen am 15. September wieder aufgenommen werden sollen, in der Hoffnung, feinerer Kampfmassnahmen, ob in Frankreich oder in Deutschland, eingeführt werden sollen, die ausschließlich oder besonders gegen den anderen Vertragschließenden Teil gerichtet wären.

**Abd el Krims 20 Kilometer vor Taza.**

Paris, 11. Juli. Sämtliche Morgenblätter veröffentlichten heute Berichte, in denen über die schweren Kämpfe und die hartnäckige Verteidigung der französischen Position bei Taza, genannt das Tor von Taza, gemeldet wird. Man vergleicht diese Kämpfe mit den Verteidigungskämpfen, die vor Verbund geschlagen wurden und schildert nicht nur den Mut der französischen Soldaten, sondern auch die unerhörte wilde Entschlossenheit und Hartnäckigkeit der Rifkämpfer. Zum erstenmal wird berichtet, daß sich in den Reihen der Rifkämpfer auch Frauen befinden, die den Streitern ununterbrochen Mut einflößen und Flüchtlinge mit roter Farbe bestreichen, um nachher feststellen zu können, daß sie aus den Reihen entflohen sind. Die Kämpfe um Taza sind in ein sehr ernstes Stadium getreten. Fast sämtliche Zeitungen suchen zu beruhigen und teilen mit, daß die Lage in diesem Kampfabchnitt sehr kritisch geworden ist. Man solle doch nicht so weit gehen, die Bedeutung Tazas, falls dieser Platz in die Hände Abd el Krims fallen sollte, zu unterschätzen, sondern man wolle darauf hin, daß Taza für die Rifleute einen wichtigen Stützpunkt abgeben

werde. In Pariser Meldungen wird angegeben, daß die Vorposten Abd el Krims in ihrem Wachen begriffen sind. Seine Truppen befanden sich nur noch zwanzig Kilometer von Taza entfernt, das ernstlich bedroht sei. Aus Rabat wird berichtet, daß der Kommandant eines Rifbataillons namens St. Julien in den Kämpfen bei Taza durch einen Schuß in die Brust getötet wurde. Die diplomatische Mitarbeiter der hiesigen Ausgabe der „Daily Mail“ teilt, sind mehrere französische Kriegsschiffe an der Marokkoküste eingetroffen, um an der Blockade teilzunehmen. Ferner sind an verschiedenen Punkten an der Marokkoküste im Laufe der letzten Tage spanische Truppenkontingente ausgeladen worden, die dazu bestimmt sind, mit den französischen Truppen zusammen vorzugehen. Kleinere spanische Kontingente haben bereits mit den französischen Truppenabteilungen zusammen gelangt. Die Truppen Abd el Krims sind ziemlich weit gegen Taza vorgedrungen und verhalten sich liberal Dörfer und Städte, die sich Abd el Krims noch nicht angegeschlossen haben.

**Geringe Aussicht auf Frieden.**

Paris, 11. Juli. Wie aus Madrid berichtet wird, ist das Ergebnis der französisch-spanischen Konferenz in der Frage eines militärischen Zusammenwirkens in Marokko gleich Null. Kein praktisch gesprochen, hat die Konferenz zu den früher bereits ausgeführten Maßnahmen nur die Festlegung gemeinschaftlicher Friedensbedingungen gebracht. Wie der Madrider Korrespondent der „Weltmeister Gazette“ teilt, wird Abd el Krims nur die Autonomie, aber nicht die Unabhängigkeit angeboten werden. Der Madrider Korrespondent des Blattes hält dieses Friedensangebot für vollkommen verfehlt und ausschließend. Der Madrider Korrespondent der „Times“ meldet, daß Abd el Krims in der letzten Zeit unverändert geworden sei und auf keine Weise Erfolg gegen die Franzosen hinweisen könne. Demgegenüber wird er eventuelle Friedensangebote entschieden zurückweisen.

Paris, 11. Juli. Es bestätigt sich, daß die spanische Regierung auf der Marokkokonferenz in Madrid die Beratung und Beschlußfassung davon abhängig gemacht hat, daß Spaniens Wünsche bezüglich Tanger berücksichtigt würden. Es wurde dem Franzosen bündig herausgesagt, daß, wenn sie auf militärische Hilfe von Spanien rechnen wollten, sie sich bei England dafür einsetzen müßten, daß die spanischen Tagerwünsche durchgesetzt werden.

**Um die Sanktionsstädte.**

London, 10. Juli. In der Erklärung des belgischen Außenministers, daß während der Ruhrkrämpfe nur eine Angelegenheit sei, die Paris und Brüssel angeht, die Räumung der drei Sanktionsstädte auch mit allen anderen Alliierten diskutiert werden müsse, wird hier bemerkt, daß man diese Ansicht nicht teilen kann. Man erinnert hier daran, daß England vor längerer Zeit nach der Ruhrbesetzung sich aller Verantwortung, sowohl de facto als auch de jure, für die fortwährende Besetzung der drei Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg entledigt habe.

**England und die Tangerzone.**

London, 11. Juli. Der „Daily Express“ ist heute in der Lage, den Inhalt der englischen Antwort auf die spanische Note in der Tangerfrage zu veröffentlichen. Darin heißt es, daß Großbritannien unter den gegenwärtigen Umständen es nicht zulassen könne, daß Truppen nach Tanger geschickt werden, da die Rifkämpfer nicht die Absicht hätten, die Neutralität dieses Gebietes zu verletzen. Detaillierte Maßnahmen würden eine solche Verletzung durch die Rifkämpfer nur provozieren. Die englische Note sagt, daß man eine kombinierte Aktion, die durch Frankreich und Spanien durchgeführt werden würde, nicht wünsche und erklärt, daß Großbritannien die Projekte der beiden Länder in Bezug auf eine Ueberwachung längs der Südgrenze des Tangergebietes nicht ermutigen könne. Ein weiterer spanischer Vorschlag wird von Großbritannien ebenfalls abgelehnt. Man regte an, daß die Eingeborenenämter in der internationalen Zone entsagt werden sollen. Sie besitzen Waffen, aber nur in beschränktem Maße. Die englische Regierung glaubt, daß die Gefahr durch diese Stämme nicht ernst zu nehmen sei, daß sie aber ernst werden könnte, wenn man die Entwaffnung vornehmen wollte. Alle Rechte über den Waffenbesitz in der Tangerzone seien übertrieben und könnten nicht dazu dienen, die von Spanien vorgeschlagenen Maßnahmen zu rechtfertigen. Infolgedessen würden sich die englischen Operationen darauf beschränken, bei der Ueberwachung der territorialen Gewässer von Tanger mitzuwirken. Eine Forderung Frankreichs und Spaniens, daß die Drei-mächtezone in den Tangergewässern ausgedehnt werden soll, wird von England abgelehnt. Die Ordnung werde in der

Tangerzone weiter durch einen belgischen Offizier und einige hundert Polizisten aufrecht erhalten werden. Die Blockadeoperationen würden nicht ausgedehnt werden.

**Frankreich gegen eine internationale Sicherheitskonferenz.**

London, 11. Juli. „Times“ meldet aus Pariser politischen Kreisen, dort werde vermutet, daß die deutsche Antwortnote vielleicht die Vorschläge der französischen Note nicht, wie gehofft wurde, im einzelnen erörtern werde. Eine internationale Konferenz im jetzigen Stadium, die Deutschland abscheulich vorziehen würde, sei nicht erwünscht, dagegen nach französischer Ansicht eine weitere Entwicklung der Vorschläge und dann erst Erörterung durch Bevollmächtigte.

**Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.**

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Westen kommt wegen Randstörungen nicht zur vollen Geltung, die von einer Depression im Norden ihren Ausgang nehmen. Für Dienstag und Mittwoch ist unter diesen Umständen, wenn auch vorwiegend trocken, so doch mehrfach bedecktes, unbefriedigendes Wetter zu erwarten.

Engelsbrunn, 12. Juli. Anlässlich seiner zweijährigen Dirigentenschaft sowie in Würdigung seiner Verdienste um den Verein wurde Herr Hauptlehrer K. K. K. vom Viederkranz der goldene Sängerring überreicht. Anschließend daran fand sich die in Liebessell preisgekrönte Sängerschar am Sonntag nachmittag im Birch zusammen, um sich an einem hierfür gestifteten Joh. Gerschenst in sangefrohen Stunden gütlich zu tun.

**Wärtemberg.**

Baiersbrunn, 12. Juli. (Hauseinbruch.) Das einem Mähdar gehörende Haus Nr. 20 stürzte vor einigen Tagen plötzlich zur Hälfte ein. Es wurde bereits seit acht Tagen vom Wasser unterpflut, wobei die Grundmauern und das Erdreich ins Rutschen kamen. Man vermutet allgemein, daß das Wasser von einer unterirdischen Quelle, die früher einen Brunnen versorgte und die vor etwa 30 Jahren zugeschüttet wurde, herrührt. Da das Wasser immer noch weiter fließt, wird befürchtet, daß auch der andere Teil nachstürzt.

Stuttgart, 11. Juli. (Ein zeitgemäßes Wohnhaus.) Die Stuttgarter Jugendgerichtshilfe, der die Betreuung und Fürsorge für die kriminell gewordene und gefährdete Jugend obliegt, richtet an die Presse die Bitte, sich in der Berichterstattung über den Norddeutschen Angerhain bezüglich der Schicksale der Angehörigen und all der Einzelheiten möglichst Beschränkung aufzuerlegen, um nicht bei einer großen Anzahl von Menschen die niedrigen Instinkte, Wollust und Freude am Grausamen zu wecken, während ein erziehlicher oder abschreckender Erfolg kaum zu erwarten ist. In die Jugend wird ohnedies durch Kino und Theater, sowie durch den tiefen Stand der Volkswirtschaft viel Unheil und Niedergeliedenes herangetragen.

Retzweil, 11. Juli. (Verstärkter Totschlag.) Das Schwurgericht hat den letzten Tagelöhner Matthias Bühner von Wilmshausen O. A. Treudenstadt wegen verurteilten Totschlags unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bühner hatte am 10. Juni des Jahres auf die ledige Barbara Baur in Ransgründ, die mehrere Kinder von ihm hatte, drei Schüsse abgegeben, wovon sie einer in rechte Wange traf. Außerdem hatte er ihr mit dem Jagdmesser zwei Schnitte am Hals beigebracht, angeblich um ihr einen Denkmahl zu geben, weil sie einen anderen heiraten wollte.

Oberndorf, 11. Juli. (15 Kilometer.) Die Gemeindegrenze für Kraftfahrzeuge innerhalb der Ortsgrenze hat der Gemeinderat auf 15 Kilometer herabgesetzt. Dieses Beispiel verdient Nachahmung. Mancher Anfall könnte vermieden werden, wenn die frühere Gemeindegrenze von 15 Kilometern in allen Städten wieder eingeführt würde.

Ulm, 11. Juli. (Ein Glücklicher.) Ein Reichswehrsoldat zog aus dem Gluckhofen des Neu-Ulmer Volksfestes mit dem ersten Los eine prächtige Stauduhr und mit dem zweiten einen ebenso preiswerten Regulator.

Gmünd, 11. Juli. (Erfolglos.) Gestern morgen wurde in seinem Geschäftszimmer der verarmte Geschäftshändler Stütz tot aufgefunden. Er hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. Als Grund zu der Tat werden geschäftliche Sorgen vermutet.

Hall, 12. Juli. (Betraglicher Bankrott.) Der 33 Jahre alte, ledige, frühere Sägemerksbesitzer Gottlieb Strobel von Hirschthal, Ob- Ruppertschhofen, O. A. Gaisdorf, wurde wegen eines Vergehens des betrügerischen Bankrotts in einer Handlung zum erstenmal mit einem Vergehen des einfachen Bankrotts und eines weiteren Vergehens des einfachen Bankrotts, sowie wegen sieben Vergehens des Betrugs zu der Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, abzüglich sieben Monaten Untersuchungshaft, verurteilt. Seine Hauskammer, die 31 Jahre alte Kellnerin Hedwig Pfeiffer von Gmünd in Schloß, wurde wegen eines Vergehens der Beihilfe zum betrügerischen Bankrott zu der Gefängnisstrafe von sieben Monaten verurteilt. Der Angeklagte hatte, nachdem er als Schuldner seine Zahlungen eingestellt hatte, Vermögensgüter befreit geschafft bzw.

**Dunkle Mächte.**

5) Krimroman von Friedr. v. Zöllner. Siemens Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66, 1925.

„Der Spitzbuben, jagst Sie?“  
„Gewiß, die Polizei ist längst der Ansicht, daß es sich bei den rätselhaften, fast unheimlichen Vorfällen um mehrere Verbrecher handelt, die Hand in Hand arbeiten.“  
„So, 101 — Bitte, erzählen Sie weiter.“  
„Die Rächte in der Reihe der Bestohlenen war Frau Geheimrat Bürger, ein alte, fleißige Dame, die mit ihrer Bedienung ein Stockwerk unter den Linden bewohnt. Dort gelang es den Verbrechern, am hellen Tage in einem unbewachten Augenblick die Schmuckkassette vollständig auszuräumen. Es folgten dann noch, wie Sie ja sicher aus den Zeitungsberichten wissen, eine ganze Anzahl von Diebstählen, die sich aber alle in einem Punkte gleichen. In allen Fällen wurde nämlich nach vorangegangener Gesellschaft ein wertvoller Schmuck vermißt.“  
„Ihre Erzählung genügt mir“, unterbrach ihn hier der Detektiv, der sich, während der Konversation sprach, fortwährend Notizen gemacht hatte. Er schlug das Notizbuch zu und erhob sich.  
„Dürfte ich jetzt noch Ihre Frau Gemahlin und Ihr Fräulein Tochter sprechen, Herr Kommerzienrat?“  
„Wern, Herr Wallner.“  
„Zwei Minuten später waren die Damen anwesend.“  
„Sie waren nicht wenig erstaunt, einen Schloßergehilfen vorzufinden und sehr überrascht, als Sie dann erfuhr, wer sich unter dieser Maske verbarg. Der Detektiv ließ ihnen aber nicht viel Zeit, sich ihrem Erkennen hinzugeben, sondern ging sofort zu dem Zweck seines Kommens über, indem er Frau Scharwächter bat, zu erzählen, wie sie das Fehlen des Schmuckes entdeckt habe.“  
„Das war bald geschehen.“  
„Sie hatte, im Begriff, zum Morgen 11. und Wohnzimmer hinüber zu gehen, die Kassette aufge-

nommen und gleich gefühlt, daß sie bedeutend leichter war als sonst.“  
„In danger Ahnung hatte sie aufgeschlossen.“  
„Die Kassette war leer.“  
„Darauf hatte sie ihren Mann benachrichtigt, der sofort am Telefon gerufen war, um die Polizei zu benachrichtigen.“  
„Rehr konnte sie nicht ausfagen.“  
„Koch weniger vermochte Fräulein Scharwächter anzugeben. Das einzige, was Robert Wallner von ihr erfuhr, war, daß die Spitzbuben ganz außerordentlich vorsichtig zu Werke gegangen sein mußten, da sie, trotzdem jene offenbar zweimal an ihrem Zimmer vorbeigegangen waren, auch nicht das Geringste gehört hatte.“  
„Sie war blaß vor Erregung, und der Detektiv, auf den ihre Schöheit ersichtlich tiefen Eindruck machte, rief ihr, halb im Scherz, halb auch mit ernsthaftem Nachdruck, einige Stunden zu rufen.“  
„Sie lächelte.“  
„D. Herr Wallner, mir fehlt nichts. Ich bin nur etwas müde, trotzdem ich, wie ich Ihnen vordrin schon sagte, die ganze Nacht hindurch fest geschlafen habe. Wegen Abend werde ich wieder ganz munter sein.“  
„Das wissen Sie so genau, gnädiges Fräulein?“ fragte Wallner, hauptsächlich, um ihre Gegenwart noch einige Augenblicke genießen zu können.  
„Ganz genau, Herr Wallner. Ein solcher Müdigkeitsanfall pflegt bei mir höchstens drei oder vier Stunden zu dauern und schwindet dann ohne alle Nachwehen.“  
„Er sah sie einen Augenblick erstaunt und mit verdecktem Lächeln an.“  
„Koch Ihren Worten muß ich annehmen“, entgegnete er dann, „daß Sie häufiger unter solchen Anfallen zu leiden haben, gnädiges Fräulein.“  
„Ach Gott, „leiden“ ist wohl zu viel gesagt. Ich bin eben dann und wann einer seltsamen Müdigkeit unterworfen, so ungefähr, wie wenn ich früher Stundenlang für die Schule gearbeitet hätte. Weiter ist's nichts.“

„Sie sollten sich trotzdem einmal einem Arzt anvertrauen.“  
„Das ist bereits geschehen“, flucht die Mutter ein. „Herr Sanitätsrat Dr. Böhnke — übrigens auch eines von den Opfern der Diebesbande — fand aber nichts Krankhaftes und beruhigte uns vollkommen.“  
„Wieder drückte sich in den Augen Wallners ein verdecktes Aufhorchen aus.“  
„Sieh da!“ sagte er dann, scheinbar scherzend, „also sogar die Wissenschaft und ihre Jünger sind nicht sicher vor den raubhügeligen Klauen unserer verborgenen Gegner? Was wurde denn dem alten Herrn, den ich übrigens kenne, entwendet, gnädige Frau?“  
„Eine Brillantnadel, ein außerordentlich wertvolles Geschenk von hoher Seite, ich glaube, von irgendeiner Fürstin.“  
„Und wie geschah der Diebstahl?“  
„Wenn ich mich recht entsinne, wurde ihm die Nadel auf einer kleinen Abendgesellschaft entwendet, nicht wahr, Walter?“  
„Ganz recht, Klara“, bestätigte der Kommerzienrat. „Wir waren ja selbst an dem Abend zugegen. Es muß ganz gegen Schluß des Abends geschehen sein, denn kurz vor unserem Aufbruch trug er die Nadel noch, das weiß ich bestimmt.“  
„So.“  
„Der Detektiv schien einen Augenblick nachdenklich; dann wandte er sich wieder dem jungen Mädchen zu.“  
„Herr Sanitätsrat Dr. Böhnke glaubte Sie also in Bezug auf Ihre Gesundheit völlig beruhigen zu können, gnädiges Fräulein?“  
„Gewiß, Herr Wallner. Er löste mich aus wegen meiner Schwachsheit.“  
„Nun, ich hoffe herzlich, daß der alte Herr sich nicht getrrt hat. — Doch nun darf ich mich wohl verabschieden, meine Damen? Ich möchte ohne allen Aufenthalt in unserer Angelegenheit weitere Schritte tun.“  
(Fortsetzung folgt.)

beiste zu...  
verfücht un...  
Lugendem...  
daburch ver...  
versproch u...  
Mark mach...  
bringen. T...  
Benzinorr...  
einen Wert...  
Bed 9...  
Feldmarsch...  
unserem B...  
jezt fomet...  
die die Ph...  
unternehmer...  
Ausgaben...  
werden. I...  
Vor...  
konnte im...  
die Vorst...  
terinnen be...  
je zu hana...  
Zukunft d...  
Paris...  
hand der...  
aus Jörin...  
erlassenfich...  
April in d...  
Zergerich...  
Verdamm...  
Guld und...  
vorbestra...  
gegenüber...  
er habe v...  
Mit große...  
auf Heraus...  
nehmung u...  
hündiger...  
Vorunterf...  
erkannte d...  
dem Antro...  
Erklärung...  
Wolle...  
gegen 11...  
Gebäude u...  
Feuermehr...  
jezt konnte...  
die Arbeit...  
halten. C...  
und es be...  
zu verbind...  
darin woh...  
reien. U...  
Schaden H...  
Der...  
port“ geh...  
rer zwei...  
hatte, der...  
men woll...  
des Fimm...  
ab, wobei...  
rend die...  
Der B...  
Augenbli...  
Im...  
Bauerin...  
mit einer...  
Summe i...  
verficht...  
reden wo...  
zuführen...  
Bauerin...  
rigen So...  
Franken...  
Kam schri...  
wie sie be...  
wart ihr...  
verbreit...  
gleichfal...  
zweiten C...  
dem vorp...  
Stutt...  
50-90, 9...  
20-25, 9...  
5-6, neu...  
rund 15...  
Rüben 2...  
Kettich...  
15, Kohlr...  
12-15...  
Schw...  
Saugham...  
Wilsburg...  
Schweine...  
bis 38...  
Dohlnh...  
33-40...  
Schw...  
Mark...  
Creglingen...  
38-44...  
Lingen...  
Mühlh...  
Mark, je...  
Fraud...  
gen 12-...  
heim: W...  
12.50-15...  
-Riedl...  
9.20-9.50...  
gen 11.50...  
B...  
tendenz...  
Gesamth...  
Reisere...  
Wrie...  
Schw...  
Schw...  
bestsch...  
gemelbe...  
diskutier...  
schen An...  
Vorger...  
gen 11.50





**Verbesserungen in der Kriegsbeschädigten-Versorgung.**  
 Berlin, 12. Juli. Der Reichstagsausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen setzte am Samstag seine Beratungen über die Bestimmungen des Artikels 1 der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz fort. Für die gesamte Verbesserung der Versorgung und von der Reichsregierung 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, über deren Verteilung im einzelnen noch keine völlige Klarheit im Ausschuss erzielt ist. Das Gesetz selbst sieht eine Erhöhung der Verköstlichungszulage und des Zuschlags zum Witwengeld für Offiziere und deren Hinterbliebene vor. Daneben ist beabsichtigt, Verbesserungen im Verwaltungswege durchzuführen, die für den Wegfall der Kriegs-, Trost- und Luftdienstzulagen sowie des Kampfszuschlages bei der besonderen Versorgung der Offiziere des Wehrdienstes und ihrer Hinterbliebenen usw. einen gewissen Ausgleich schaffen sollen.

**Zepelinpende des deutschen Volkes.**  
 Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus sicherer Quelle erfahren haben will, sind alle Schritte getan, um den Bau eines deutschen Zepelins für wissenschaftliche Zwecke zu ermöglichen. Die Summe von etwa vier Millionen, die zusammengebracht werden muß, soll durch eine Volkspende aufgebracht werden. Es sei beabsichtigt, zunächst eine ganze Anzahl verschiedener Wege einzuschlagen, um durch die kleinsten Beiträge jedem Deutschen zu ermöglichen, sich an der Zepelin zu beteiligen. Erstens sollen die deutschen Stadt- und Landgemeinden zwei Pfennig pro Kopf ihrer Einwohnerzahl beitragen. Zweitens: die Gewerkschaften werden drei Monate lang zehn Pfennig für Monat und Kopf zur Sammlung abführen. Die Arbeitgeber ihrerseits werden dieselbe Summe zahlen. Drittens auch die Beamten werden drei Monate lang zehn Pfennig auf den Kopf ihrer Organisation aufbringen. Viertens ist an eine deutsche Jugendspende gedacht, die auch wieder drei Monate lang je fünf Pfennig sammeln wird. Fünftens werden die Schau- und Vortragsbildnisse verkauft, auf jedes Biletten einen Zuschlag von ein paar Pfennig für den deutschen Zepelin aufzuschlagen. Endlich werden die Zeitungen ihrerseits auf eine noch zu verabredende Art zur Volkspende beitragen. Wie das Blatt weiter erfahren haben will, ist ein vorbereitender Ausschuss in der Konstituierung begriffen, dem die besten Leute Deutschlands ohne Unterschied der Parteien und der politischen Einstellung angehören sollen. Von einer Unterstützung durch die Regierung werde von vornherein abgesehen.

**Deutsch-polnischer Zollkrieg.**  
 Berlin, 12. Juli. Die polnische Delegation hatte in ihrer Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge zum vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen ihre schon früher geäußerten Forderungen, die deutscherseits als unannehmbar bezeichnet worden waren, in vollem Umfang aufrecht erhalten. In seinem am Freitag überreichten Antwortschreiben hat der Vorsitzende der deutschen Delegation erneut darauf hingewiesen, daß man auf deutscher Seite wiederholt den von der Gegenseite geäußerten Wünschen entgegengekommen sei, das letzte Angebot

aber das Neueste darstelle, was vom Standpunkt der Interessen der deutschen Wirtschaft zugetrieben werden könne. Auch der Vorschlag der polnischen Delegation, ein Abkommen ohne zolltarifliche Restriktionen zu schließen, das nur die Anpassung des beiderseitigen Warenverkehrs seinem Wert nach bezwecken soll, sei praktisch undurchführbar und würde letzten Endes darauf hinauslaufen, daß die als Kampfmassnahme ausschließlich gegen Deutschland gerichteten polnischen Einfuhrverbote vom 1. Juni aufrecht erhalten und damit dem teit einem Jahrzehnt gegenüber allen Ländern bestehenden deutschen Kohleneinfuhrverbot gleichgestellt würde. Ein Abkommen in dieser Form könnte auch schon deshalb nicht in Frage kommen, weil für Deutschland die zolltarifliche Restriktion eine unumgängliche Voraussetzung für jede auch nur provisorische Regelung des Wirtschaftsverkehrs bildet. Bei dieser Sachlage scheint in der Tat, solange die polnische Delegation ihren Standpunkt nicht ändert, eine Einigung nicht möglich. Gleichzeitig hat aber der Vorsitzende der deutschen Delegation erklärt, daß die deutsche Regierung das von ihr gemachte Angebot aufrechterhält.

**Warschau, 12. Juli.** Die erwartete Ministerratsverordnung mit 30 Positionen neuer Einfuhrverbote deutscher Waren ist nicht ausgegeben worden.

**Saunderversammlung der deutschen Zeitungsverleger.**

**Königsberg, 11. Juli.** Heute begann die Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die sich mit wichtigen staatspolitischen und wirtschaftlichen Fragen befaßt. Der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, führte nach seinem Dank für den lebenswürdigen Empfang u. a. aus: Der Verein Deutscher Zeitungsverleger und die Vereinigung der Herausgeber der deutschen Zeitungen, die große, das ganze deutsche Zeitungsverwesen umfassende Organisation, sieht ihre Aufgabe nicht etwa lediglich in der Förderung der wirtschaftlichen Belange des deutschen Zeitungsverwesens, sondern weit darüber hinaus in der Pflege und Förderung aller Fragen und Angelegenheiten. Die Zeitung ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, aber sie ist zugleich die Trägerin wichtigster öffentlicher Aufgaben. Aus diesem Doppelscharakter ergeben sich für den Verleger Aufgaben so schwieriger und so vielfältiger Art wie kaum für einen anderen Unternehmer.

Die Hauptversammlung stellte in einer Entschließung zur wirtschaftlichen Lage der Zeitungsverleger fest, daß sich die Lage von Monat zu Monat verschlechtert hat. Die Verhältnisse stellen die Zeitungsverleger vor die Notwendigkeit, u. a. im Verhältnis zu den Leistungen und Aufwendungen angemessene Bezüge- und Anzeigenpreise durchzusetzen, besonders auch für Verlegungen außerhalb des üblichen Rahmens der Zeitungen. Eine weitere Entschließung protestiert nachdrücklich gegen die ablehnende Haltung des Reichspostministeriums gegenüber allen begründeten Anträgen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger auf eine Herabsetzung der Postzeitungs- und Bestellgebühren und wünscht eine weitgehende Ermäßigung in der Zustellung

von Zeitungen. Dann wurde der Vorstand neu gewählt. Als nächster Tagungsort wurde Köln vorgegeben.  
**Reichspräsident von Hindenburg** hat dem Verein Deutscher Zeitungsverleger anlässlich seiner 31. Hauptversammlung einen Beileidspruch geschickt, in dem er seinen Wünsche Ausdruck gibt, daß das Ergebnis der Beratungen des Vereins dem Lande und dem Stände zum Segen werden möge. — Auch Reichsfinanzminister Dr. Luder hat in seinen Grußworten der Tagung besten Erfolg gewünscht und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die deutsche Presse den unzerstörbaren und unüberwindlichen Lebensrechten des deutschen Volkes Gehör und Achtung verschaffen werde. — Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat sich aus Anlaß der Tagung über die Beziehungen zwischen Presse und Außenpolitik ausgesprochen. Er schließt seine Erklärung mit den Worten: So trägt jede Zeitung und jede Zeile einer Zeitung ein Stück Verantwortung für das freie Deutschland der Zukunft, das unser Wille schaffen soll. — Der preussische Ministerpräsident Brauns sandte ebenfalls ein Beileidstelegramm.

**Ein Telegramm an Reichspräsident von Hindenburg.**

**Königsberg, 12. Juli.** An den Reichspräsidenten von Hindenburg sandte die Hauptversammlung nachstehendes Antwortschreiben: Die in Königsberg aus allen deutschen Gauen zusammengetragenen Herausgeber der deutschen Tageszeitungen entbietet Ew. Erz. ehrfruchtvollem Gruß. Verammelt in der deutschen Ostmark, sind sie sich besonders der Pflicht bewußt, die Einigkeit des deutschen Volkes hoch über alle Parteiverpflichtungen herbeiführen zu helfen. Nur durch die Einigkeit des Volkes kann die Reichseinheit gesichert und die verderbliche Anarchie gewaltsam erzwungener Zerreißung arbeitslosen Gebietes der ganzen gestifteten Welt zur Erkenntnis gebracht und der friedliche Wiederaufbau Deutschlands zur Wirklichkeit werden. Hierfür zu kämpfen und die Welt über die Zustände im deutschen Osten aufzuklären, bleibt eine der wichtigsten Pflichten der deutschen Presse. Dankbar gedenken wir des Schülers Ostpreussens in schwerer Zeit und vereinen unsere Wünsche für Volk, Reich und Reichseinheit mit Ihnen, Herr Reichspräsident, dem erwählten Führer des deutschen Volkes.

**Das französisch-spanische Marokkoabkommen.**

**Paris, 12. Juli.** Wie aus Madrid gemeldet wird, ist in einer Vollziehung der französisch-spanischen Konferenz das Abkommen unterzeichnet worden. Wie verlautet, geht dieses Abkommen darauf hinaus, daß Spanien und Frankreich eine gemeinsame Front gegenüber Abd el Krim einnehmen und unter seinen Umständen getrennt mit Abd el Krim verhandeln werden. Am Montag findet abermals eine Vollziehung der Konferenz statt, in der man sich mit der Tangerfrage beschäftigen wird.

**Paris, 12. Juli.** Aus Casablanca wird gemeldet, daß in der Gegend von Luzzane der feindliche Druck auf die französische Front anhält und sich nach Osten vorchiebt. Einige Stämme sind unruhig geworden.

**Zwangsvollstreckung.**

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf **Marlung Conweiler** belegenen, im Grundbuch von da Heft 4, Abt. I, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Heft 89a, Abt. I, Nr. 3, Heft 23, Abt. I, Nr. 6 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Friedrich Wark, Fuhrmanns in Conweiler** und dessen Ehefrau **Emilie, geb. Großmann** eingetragenen Grundstücke:

Parz. Nr. 613/3: Acker in Eschtern 4 a 48 m	120 RM.
Parz. Nr. 621: 5 a 86 m desgleichen	160 RM.
Parz. Nr. 622: 2 a 95 m desgleichen	80 RM.
Parz. Nr. 623: 2 a 86 m desgleichen	80 RM.
Parz. Nr. 624: 5 a 84 m desgleichen	160 RM.
Parz. Nr. 912: 33 a 78 m Wiese in der oberen Artbach	600 RM.
Geb. Nr. 35: 2 a 43 m Wohnhaus und Scheuer, Holzschopf, Abort und Backofen mit Hofraum unten im Dorf an der Hardgasse	6000 RM.
Parz. Nr. 630/8: 14 a 14 m Baumaeker in Eschtern	400 RM.
die Hälfte an:	
Parz. Nr. 655: 17 a 86 m Acker, Weg in Eschtern	175 RM.
	7775 RM.

am **Donnerstag, den 27. August 1925, vorm. 9 Uhr,** auf dem Rathause in **Conweiler** versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Juni 1925 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

**Neuenbürg a. G., den 10. Juli 1925.**  
 Kommissär:  
 Bezirksnotar Reuß.

**Frauenarbeitschule Wildbad.**

Anfangs September beginnt der **neue Unterrichts-** kurs der hiesigen Frauenarbeitschule, der bis Ende Dezember dauert. Schriftliche oder mündliche Anmeldungen sind bis **spätestens 18. Juli** zu richten an die Schulleiterin. Bei der Anmeldung wird um Angabe der voraussichtlichen Dauer des Schulbesuches gebeten.

Anfangs September beginnen an der hiesigen Frauenarbeitschule auch **Abendkurse** im Weiß- und Kleidernähen. Die Anmeldungen hiezu sind bis **spätestens 25. Juli** schriftlich oder mündlich an die Schulleiterin zu richten.

Die Schulleiterin: **H. Krauß.**

IHRE VERMÄHLUNG BEEHREN SICH ANZUZEIGEN

**FRIDOLIN BIESINGER**  
**ELSA BIESINGER**  
 GEB. STROM

NEUENBÜRG A. ENZ, 12. JULI 1925

**Der Wahrheit die Ehre!**

Die Sängervereinigung „Freundschaft“ fühlt sich verpflichtet, der „Erklärung“ des **Viederkranzes** im „Enztäler“ Nr. 159, deren Zweck zu durchsichtig ist, folgendes zu erwidern.

Der **Viederkranz** behauptet, während seines 90jährigen Bestehens noch nie gegen einen anderen Gesangsverein öffentlich vorgegangen zu sein.

Tatsache ist, daß der **Viederkranz** schon in früheren Jahren einem andern aufwärtsstrebenden hiesigen Gesangsverein aus **Reid** große Schikanen bereitet hat, die zu Tätlichkeiten ausarteten und sogar in **Gerichtsverhandlungen** endeten.

1) Wir behaupten nach wie vor, daß der Verein an dem Abend nicht offiziell beteiligt war und haben festgestellt, daß tatsächlich eine Anzahl Außenstehender an den Vorgängen beteiligt war.

2) Mit aller Entschiedenheit weisen wir die völlig unwahre und irreführende Behauptung zurück, daß der Ausruf „Nieder mit dem Viederkranz“ gefallen ist und fordern die Vorstandschaft des **Viederkranzes** hiermit öffentlich auf, uns diese Personen namhaft zu machen, welche beweisen können, daß diese Worte gebraucht wurden.

3) Vorstand **Girrbach** stellt selbst fest, daß, als während der Rede des Herrn **Stadtvorstands** eine Erregung sich bemerkbar machte und er von dem im Artikel des **Viederkranzes** erwähnten „**Güter der öffentlichen Ordnung**“ aufgefodert wurde, hiegegen einzuschreiten, für ihn noch gar keine Veranlassung vorlag, gegen die Betreffenden vorzugehen, zudem die Mitglieder als Privatpersonen anwesend waren.

4) **Wissentlich** wird verschwiegen, daß Vorstand **Girrbach** und mehrere Mitglieder sofort energisch einschritten, als die ersten Hochrufe auf die „**Freundschaft**“ erklangen.

5) In Sachen des Herrn **Fleig** hat Vorstand **Girrbach** und die Sängervereinigung „**Freundschaft**“ absolut nichts zurückzunehmen, denn zu diesem Punkt schweigt auch des Sängers **Höflichkeit**.

Zu den letzten Nachsätzen in dem fraglichen Artikel haben wir zu bemerken, daß nicht nur ein 90 Jahre bestehender Verein das Recht hat, zu leben, sondern auch ein erst vor Jahresfrist gegründeter, der vor allem auf Grund seiner schönen Erfolge mit **Recht** sich Mitglied des „**Schwäb. Sängerbundes**“ nennt.

**Sängervereinigung „Freundschaft“.**

**Bekanntmachung.**

Am 16. Juli 1925 hat eine Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten stattgefunden. Die stellenlosen Angestellten haben einen Fragebogen auszufüllen und beim Arbeitsamt abzugeben. Die Fragebogen sind beim Arbeitsamt erhältlich. Die Gemeindebehörden werden ersucht, stellenlose Angestellte auf die Pflicht zur Ausfüllung des Fragebogens aufmerksam zu machen.

**Neuenbürg, den 11. Juli 1925.**  
 Bezirksarbeitsamt.

**Forstamt Dirjan. Brennholz-Verkauf**

am **Dienstag, den 21. Juli, vorm. 9 Uhr, im „Dirja“ in Oberreichenbach** aus Staatswald **Wedenhardt, Scheidholz, Nadelh.**; Am.: 3 Schtr., 454 Ausschlag, Loserzeichnisse von der Forstdirektion **G. f. S. Stuttgart.**

**Grunbach.**  
  
**Rind,**  
 1/2 jährig, zu verkaufen.  
**Haus 107.**

**Ein Pferd**  
  
 5 Jahre alt, zu verkaufen oder zu vertauschen gegen eine Kuh.  
**Friedrich Köhler,**  
 Bergstraße.

**1000 Mark**

gegen gute Sicherheit auszunehmen gesucht.  
 Angebote an die **Enztäler-Geschäftsstelle.**

**WILDBAD. Zuverlässiger Chauffeur**

sofort zu engagieren gesucht.  
**Tabakwaren-Handels-Gesellschaft**  
**Christ. Schmid u. Sohn**

**WIRKENFELD. Wir empfehlen unsern Lastkraftwagen**

(Radegewicht 100 Ztr.) für Fahren jeder Art.  
**Gebr. Maueval,**  
 Telefon: Amt Forstheim Nr. 64.

**Sänger-Vereinigung „Freundschaft“.**

**Samstag den 18. Juli 1925, abends punkt 8 Uhr, im Gasthaus zum „Felsenkeller“**  
**ordentliche General-Versammlung,**  
 wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundl. eingeladen sind. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Anträge sind spätestens bis **Donnerstag den 16. Juli** beim Vorstand schriftlich einzureichen.

**Mittwoch den 15. Juli, abends punkt 8 1/2 Uhr, Wiederbeginn der Singstunden,**  
 wozu stimmbegabte Herren, welche sich dem Chor anschließen gedanken, herzlich willkommen sind. Das Erscheinen aller Sänger erwartet bestimmt  
**der Ausschuss.**